



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

### **Personal im Verbraucherschutz und in der Lebensmittelkontrolle stärken und nicht abbauen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erteilt einem Personalabbau im Bereich des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelüberwachung eine klare Absage und fordert die Staatsregierung auf, mit der offenbar geplanten Reform, den Verbraucherschutz, die Lebensmittelüberwachung und das Veterinärwesen umfassend zu stärken, denn ein effektiver Verbraucherschutz und eine gute Lebensmittelüberwachung sind nur möglich, wenn es für diese wichtigen Aufgaben auch genügend qualifiziertes Personal gibt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bereiche und Einheiten, die neue Aufgaben übertragen bekommen, dafür personell zu stärken und gut für die Aufgabenerfüllung auszustatten. Eine Übertragung von Aufgaben an andere Stellen und Einheiten darf nicht zu einem – offenen oder versteckten – Personalabbau in den verbleibenden Bereichen genutzt werden.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, umgehend die notwendigen und vom Bayerischen Obersten Rechnungshof geforderten Personalbedarfsanalysen für den Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in Auftrag zu geben. Dabei sollte auch überprüft werden, wie die Aufstiegsmöglichkeiten für Lebensmittelkontrolleure verbessert werden können.

### **Begründung:**

Nach dem Lebensmittelskandal um die Firma Bayern-Ei und aufgrund des in diesem Zusammenhang erstellten Gutachtens des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) plant die bayerische Staatsregierung offensichtlich eine Organisationsreform des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit soll neue Aufgabengebiete erhalten und auch in der Fläche Groß- und Risikobetriebe kontrollieren. Die Kontrolle lokaler Betriebe soll weiterhin dezentral organisiert bleiben.

Die Erfahrung der letzten Jahre in Bayern zeigt, dass im gesamten öffentlichen Dienst Stellen abgebaut und wichtige staatliche Aufgaben mit deutlich weniger Personal, zudem mehr Outsourcing und befristeten Projektstellen, ausgeführt werden mussten.

Eine Organisationsreform des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelüberwachung kann aber nur gelingen, wenn dieser Bereich gestärkt, und nicht geschwächt wird. Deswegen muss die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit (SE) für ihre neuen Aufgaben personell gestärkt werden. Aber auch die Bereiche mit der Aufgabe, lokale Betriebe zu kontrollieren, dürfen nicht geschwächt werden. Der ORH hat in seinem Gutachten explizit auf die Bedeutung eines breiten Kompetenzspektrums und die Notwendigkeit hingewiesen, Personalspitzen und Ausfälle kompensieren zu können. Ein Personalabbau widerspricht dieser Zielsetzung. Es wäre aber auch gleichermaßen falsch, die für die SE benötigten Kräfte einfach nur vor Ort abzuziehen. Das würde die Kontrollen vor Ort schwächen und die Belastungen für das verbleibende Personal deutlich erhöhen.

Nachdem der Landtag in diesem Jahr noch einen neuen Doppelhaushalt verabschiedet wird, ist es notwendig, dass vorher und umgehend die vom ORH geforderten Personalbedarfsanalysen in Auftrag gegeben und ihre Ergebnisse im Landtag diskutiert werden.